

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 36

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postsparkonto 7718 Köln.

Köln,
den 3. September 1926.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

Rationalisierung und Arbeitnehmer.

Die starke Rationalisierungs- und Konzentrationsbewegung in der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie, die wir zurzeit erleben, ist das lebhafteste Zeichen dafür, wie sehr die Umstellung auf ergiebigere Produktionsweisen und die vorteilhaftere Anpassung der Erzeugung an Verbrauch und Bedarf hier im Gange sind.

In der eisenschaffenden Industrie haben sich die bisherigen Vertikal-Konzerne: Rheinelbe-Union, Thyssen-Werke, Phoenix-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Rheinische Stahlwerke A. G., und neuerdings Teile des Stummkonzerns zu den Vereinigten Stahlwerken zusammengeschlossen. In der eisenverarbeitenden Industrie haben wir die Transaktion Ver. Stahlwerke A. G. = Demag. Nach der hier getroffenen Vereinbarung gibt der Montantrust die Maschinenproduktion in seinen Werken ganz auf, und überträgt die gesamten Maschinenbauinteressen auf die Deutsche Maschinenfabrik A. G., Berlin-Duisburg. Die gesamten Werksanlagen der Maschinenfabrik Thyssen gehen auf die Deutsche Maschinenfabrik über und werden mit deren eignen Werken (Benrath-Duisburg und Wetter) zu einem Betrieb und einer neuen Firma vereinigt. (Demag-A. G.). Kennzeichnend ist in der ganzen Transaktion als privatwirtschaftliche Maßnahme eines eisenschaffenden und eines eisenverarbeitenden Konzerns augenscheinlich die Tendenz, die vertikale Gliederung zugunsten der horizontalen Gliederung im Interesse billiger Erzeugung mit Hilfe der Rationalisierung abzulösen. Ähnlich verhält es sich mit der Fusion Benrath-Daimler. Neben diesen Trustbildungen laufen die neuerdings vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten eingeleiteten und geförderten Rationalisierungsbestrebungen für die mittlere und kleinere Spezialitätenindustrie die hier in Gestalt mannigfacher Verkaufs- und Spezialisierungsgemeinschaften in die Erscheinung treten, wo durch Ausgleich der Produktionsprogramme, Austausch der Patente und Erfahrungen, Typisierung und Spezialisierung, gemeinsame Auftragsverteilung und -erledigung für den Absatz nach innen und außen Vorteile herbeigeholt werden sollen.

In allen Fällen vorstehender Rationalisierungsbestrebungen ist deren letztes Ziel die Wiedergewinnung einer vernunftgemäßen, gewinnbringenden Beschäftigung, wie sie in der Vorkriegszeit in der Eisen- und Montanindustrie festzustellen war. Nach einer u. E. zutreffenden Zusammenfassung einer Betriebsrätekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die beteiligten Konzerne soll dies Ziel erreicht werden: 1. durch die Zusammenlegung von Abteilungen der Verwaltung, der Kalkulationsbüros und der Laboratorien; 2. durch den einheitlichen Warenvertrieb des Einkaufs und Ausschaltung zahlreicher Zwischeninstanzen; 3. in der Produktionsstätte, die Verminderung des Leerlaufs und Spezialisierung der Arbeiten; dadurch kann z. B. an einer Wakenstraße jahraus, jahrein Formeisen, an der anderen Blech, an der dritten Stahleisen hergestellt werden; 4. die Verlegung der Produktion auf die geeignetsten und bestausgerüsteten Werke; 5. die Förderung der Normalisierung und der Typisierung und eine Vereinfachung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses; 6. durch die Stilllegung der unrentablen Betriebe und die Entlassung der überflüssigen Angestellten und Arbeiter; 7. Stärkung des politischen Einflusses der erzeugenden Industrie. Dabei werden je nach der Art der neuen Zusammenschlüsse bald diese Bestrebungen und Vorteile, bald jene, mehr oder weniger in den Vordergrund treten.

Die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges durch eine wohlwollende Rationalisierung ist nur möglich, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei einträchtig zusammengehen. Abgesehen von den Kommunisten, gibt es heute denn auch keine organisierte Arbeitergruppe, welche den aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit resultierenden Zwang zu einer auf verbesserte Betriebs- und Produktionsmethoden gerichteten Rationalisierung der westdeutschen Eisen- und Montanindustrie verneint. Müßte Recht haben die Arbeitnehmer, um bei den Worten der oben genannten Betriebsräte zu bleiben, aber nur dann in diesem wirtschaftlichen Umstellungsvorgang eine Gewähr für den volkswirtschaftlichen Gesamterfolg, wenn in ihm die soziale Frage die Beachtung erfährt, die ihr gebührt und die naturgegebenen Grenzen

der großbetrieblichen Entwicklung gewahrt bleibt. Der Erfolg des Umstellungsprozesses ist weiter unlöslich verbunden mit einer Gesundung des deutschen Inlandmarktes, die wiederum ohne eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft, insbesondere der werktätig arbeitenden Schichten durch weitere Erhöhung ihres Einkommensniveaus, undenkbar erscheinen muß. — Nur wenn die Rationalisierung zugleich eine Verbilligung bedeutet, und damit eine Stärkung — der Kaufkraft nach Innen und eine Wettbewerbsfähigkeit nach Außen, ist sie eine wirkliche Rationalisierung. Dieser Satz kann nicht deutlich genug betont werden. In diesem Sinne bemerkt auch der eben erschienene Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G. über „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1926“: „Die deutsche Wirtschaft hat kaum eine andere Wahl, als durch Verminderung der Kosten deren Gewinn zu vergrößern; sie muß den Arbeits- und Materialaufwand, den die Erhaltung und Steigerung der Lebensführung eines 63 Millionen-Volkes verlangt, vermindern, damit ein größerer Teil der wirtschaftlichen Kräfte unmittelbarer und mittelbarer der Kapitalbildung nutzbar gemacht werden kann, als es zurzeit der Fall ist. Bis diese Anstrengungen Erfolge zeitigen, darf sie nicht vergessen, daß ihr Absatzfeld kleiner ist als in der Vorkriegszeit. Gesunder Optimismus und fremde Kapitalunterstützung dürfen darüber nicht täuschen. Der Kampf um den Absatz wird der deutschen Wirtschaft noch längere Zeit den Stempel aufdrücken. Er wird vielfach ein Kampf mit der Waffe der billigeren Kosten und daher um diese sein.“

Nur bei einer Steigerung der Kaufkraft aller Schichten des deutschen Volkes, sowie einem stärkeren Anteil Deutschlands an der gesamten Weltwirtschaft kann die vermehrte Erzeugung Absatz finden und das Heer der Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Ist die Rationalisierung ein Zwang, so sollte auch diese Notwendigkeit nicht übersehen werden. Die deutschen Arbeitnehmer folgen hier dem Beispiel, das ihnen diejenigen Amerikas bezüglich der wissenschaftlichen Betriebsführung, der Arbeit am fließenden Band, das mit der Rationalisierung auch bei uns immer mehr zur Durchführung gelangen wird, gegeben haben. Bis etwa vor zehn Jahren noch war ihnen die wissenschaftliche Betriebsführung (Taylorismus) zunächst als eine Waffe in den Händen des Arbeitgebers erschienen; diese hatten sie bekämpft. Durch die Nachfolger von Taylor sind dessen Grundsätze aber nach und nach immer mehr bestimmend geworden für die amerikanische Industrie, und diese Grundsätze hat auch die Arbeiterbewegung übernommen unter der Voraussetzung, daß sie ihre Anwendung kontrollieren kann, die Rationalisierung also nicht gegen sie, sondern mit ihr erfolgt.

Das Gegenstück zu einer Rationalisierung der Erzeugung sollte eine Standardisierung des Verbrauchs sein, d. h. eine Umstellung der Konsumenten auf eine Erhöhung und Uniformierung des Bedarfs durch Sortenverringern, wie sie ebenfalls in Amerika üblich ist, die zwar von uns einen gewissen Verzicht auf die bei uns beliebte bunte Mannigfaltigkeit fordert, auf der andern Seite aber die verschiedensten Vorteile bringt. Die Standardisierung ist ebenfalls ein Teil jener Rationalisierung der Wirtschaft, die Erzeugung und Absatz technisch und organisatorisch höher gestalten, die Preise senken und die Kaufkraft mehren soll. Wenn das reiche Amerika seine Bedarfsartikel vereinfacht, hat dann das arme Deutschland dazu nicht ganz besonders Veranlassung? Hier erwachsen den breiten Schichten der Verbraucherschaft noch hohe Pflichten. Dr. v. d. B.

Vom Problem des Mitbesitzes.

Nachhaltig ist seit jeher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Problem des Mitbesitzes der Arbeiter in der Wirtschaft angepackt worden. Propagierung des Genossenschaftsgedankens unter der Arbeitnehmererschaft, Förderung der Konsum- und Produktionsbewegung, um die Verbraucher zu Herstellern und Verteilern ihrer Bedarfsgüter zu machen, Gründung und Anteilnahme an den verschiedensten Versicherungsgesellschaften, um auch hier ansehnliche Arbeiterkapitalien den Bestrebungen der Arbeitnehmer zugänglich zu machen, Beteiligung an wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen, umfassende Beschaffung von Eigenbesitz der verschiedensten Art usw., das waren Etappen zur Erreichung des Zieles. Damit ward aber auch die Möglichkeit geschaffen, wert-

volle Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen und diese Erkenntnisse der gewerkschaftlichen Betätigung nutzbar zu machen. Ansehnliche Wegstrecken sind also bereits zurückgelegt, weitere liegen vor uns. Sicher wären der Erfolge noch größere zu verzeichnen, hätten wir uns nicht in den letzten Jahren den außer-gewöhnlichen Zeitverhältnissen gegenüber befunden. Bei guter Wirtschaftslage, in Zeiten fruchtbarster gewerkschaftlicher Tätigkeit, zu einer Zeit auch, wo der einzelne Arbeiter sich größerer Beweglichkeit erfreuen kann, da hätte sicher die ganze Frage des Mitbesitzes ein anderes Gesicht bekommen.

Dennoch wurde nicht unterlassen, ganz ernsthaft dem Problem nachzugehen und immer mehr einer ausreichenden Lösung näherzukommen. Die mannigfachen Überlegungen wurden angestellt. Auf dem Gewerkschaftskongress in Essen 1920, also in der Zeit, in der im Lande in Staat und Wirtschaft noch die stärksten Gärungen vorhanden waren, da wurde für die Arbeiterschaft eine andere Stellung in Betrieb und Wirtschaft verlangt. Sie sollte zu verantwortlichen Mitträgern der Wirtschaft gemacht werden. Die Erörterungen in Essen über die „Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft“ gaben für dieses Verlangen zureichende Begründung. Wunderbar abgerundet sind die diesbezüglichen Beratungen Essens wiedergegeben in dem Jahresbericht 1921 des „Frankfurter Sozialen Archivs“.

„... ihre aktuelle Bedeutung liegt vielmehr in einer gewerkschaftlichen Zielsetzung, die ausdrücklich über eine nur klassenmäßige Lohninteressenpolitik hinausweist, indem sie den Arbeiterberufsverein zum verantwortlichen Mitträger der Produktion erhebt... Abgelehnt wird einerseits das „individualistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem“, andererseits der „bürokratische Wirtschafts-Zentralismus“, der Staatskapitalismus der Marxisten; anerkannt einerseits die unersetzliche freie Initiative der Wirtschaftsführer, die Unternehmerfunktion, sofern sie als Amt, nicht nur als Geschäft, als Dienst, nicht nur als Verdienst, erfüllt wird, gefordert, andererseits die produktive Mitbestimmung und Mitbeteiligung aller ausführenden Arbeiter.“

Eine vortreffliche Interpretation der Essener Arbeiten zu diesem wichtigen Problem. Die nächstfolgende größere Tagung der christlichen Gewerkschaften war die Kölner Jubiläums-Tagung 1924. Die tiefgründige Durchschrung der 25jährigen Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die künftige Arbeit gaben Gelegenheit, auch für diese Zukunftsarbeit das Problem des Mitbesitzes erneut in den Vordergrund zu stellen.

„Ebenso wie vor 100 Jahren, wo das Gros des preussischen Volkes aus unselbständigen Bauern bestand, Freiherr vom Stein dieses Volk an Heimat und Vaterland, durch eine andere Stellung in Staat und Wirtschaft, durch Beteiligung am Besitz zu interessieren suchte, muß den 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfängern, die heute das deutsche Volk bilden, eine andere Stellung als die eines bloßen Gehalts- und Lohnempfängers in der Wirtschaft verschafft werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, wonach die Gehalts- und Lohnempfänger zu Einzel- oder Kollektiveigentum gelangen und durch Mitverwaltung und Mitbesitz in die Wirtschaft hineinwachsen können. Der Wege dahin gibt es viele. Durch Einblicke in die Wirtschaft, Einfluß auf die Wirtschaft, muß die Verantwortung für die Wirtschaft geweckt werden.“ Das war die Begründung für den in den letzten Jahren so außerordentlich viel beachteten Beschluß der Kölner Tagung, wonach die organisierte Arbeitskraft, die organisierte Sparkraft und die organisierte Konsumkraft auf den Gedanken umgestellt werden sollen, daß die Arbeitnehmer weitgehend in den Mitbesitz und Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen sollen.

Besondere Behandlung erfuhr dann das Problem auf der Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken 1925. Der Standwerdung der Arbeitnehmererschaft galten die Erörterungen, — das wäre die neue Idee — kollektives Arbeitnehmerkapital bilden, das mit Bewußtsein als Arbeitnehmerkapital ertrag- und einflussnehmend planmäßig in die Wirtschaft hineingeführt wird, das „als kollektives Machtmittel in die Hände der Gewerkschaften zu vereinen und von dort aus zum Mitwerb in der Wirtschaft und als Machtfaktor eingesetzt werden soll“. Hier werden als Wege zum Ziel die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen und Kreditgewährung an die Wirtschaft sachverständig untersucht. Zur weiteren Verfolgung dieser Wege, wie überhaupt zur Erschließung der verschiedensten Wege, wurde eine Kommission eingesetzt. Mit Rücksicht auf die Arbeiten dieser Kommission wurden dann auf dem Gewerkschaftskongress in Dortmund im April d. J. erneut die bisherigen Wege der Selbsthilfe behandelt. Der

Vortrag über Mitbestimmungsrecht und Mitbesitz der Arbeiter in der Wirtschaft gab dann die ausgiebige Begründung zu dem Beschluß des Kongresses, wonach die erstrebte gleichberechtigte Mitleitung und Mitbestimmung der Arbeit in Betrieb und Wirtschaft in verstärktem Maße auf dem Wege über den Mitbesitz in der Wirtschaft erreicht werden kann.

Wurde so in der Gewerkschaftsbewegung in bemerkenswerter Weise dem Problem nähergerückt, so fand auch anderswo dasselbe mehr und mehr Interesse. So nimmt auch das Würzburger Programm der katholischen Arbeitervereine mit seinen Erläuterungen darauf Bezug. In den Kapiteln über Wirtschaftsordnung wird die Beteiligung der Arbeiter, ob sie eine Teilnahme an der Verwaltung, oder an dem Ertrage oder gar am Besitze ist, hervorgehoben. „Ohne Beteiligung am Besitze erstreckt die sonstige Mitwirkung an der Verwendung der Produktionsmittel nicht hinreichend, um der Arbeitskraft gebührenden Anteil an den Erträgen zu sichern. Hier liegen noch Wege für die Zukunft offen.“ Gestützt auf diese wichtigen Programmforderungen haben dann mehr und mehr die prominentesten Führer der Arbeitervereinsbewegung auf bedeutsamen Tagungen diese Fragen behandelt, so daß auch von dieser Seite starke Förderung erwartet werden kann.

Besondere Beachtung verdient dann noch, was neuerdings der Verband der R R B. auf seiner diesjährigen 46. Generalversammlung in Frankfurt (Oder) in der Entschlußfassung über Arbeitsgemeinschaft zu sagen hat. „Das Problem des Mitbesitzes muß aus der theoretischen Erörterung herausgehoben und der Wirklichkeit nähergebracht werden.“ Diese Stellungnahme interessiert um so mehr, als bekanntlich der Verband der R R B. eine paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Organisation darstellt. Angesichts der Mitwirkung der Arbeitgeber wird man besonders gespannt sein dürfen, was nun hier zur praktischen Verwirklichung getan bzw. empfohlen wird.

All diese Feststellungen lassen erkennen, wie sehr stark das Problem des Mitbesitzes verfolgt und wie um ausreichende Verwirklichung gerungen wird. Die stärksten Triebkräfte aber müssen in der Gewerkschaftsbewegung gesucht und aufgebracht werden. Sie sind die wirtschaftliche Interessensvertretung. Schon die bisherigen Erregungszustände mahnen zu weiterer entscheidender Vertiefung. Neben den bisherigen Wegen müssen aber auch alle sonstigen Mittel erschöpft werden. Es wird kein Zweifel darüber bestehen, daß das Maß des Mitbesitzes abhängig sein wird von den finanziellen Mitteln, welche für diese Zwecke bereit gehalten werden können. Die Kapitalkräfte werden entscheiden. Und so gewinnt auch die als Treuhänder für die Arbeiterkapitalien der christlichen Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufene Deutsche Volksbank besonderes Interesse. Neben der Ausbarmachung der Organisationsgelder und der Vermögensbestände ist ihr die Erfassung der Spargroschen der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten übertragen. Die organisierte Sparkraft aber soll mit

darauf eingestellt werden, das Hineinwachsen der Arbeitnehmer in die Wirtschaft zu erreichen. Die Förderung der Sparsätigkeit bei der Deutschen Volksbank wird also wesentlich zur Bewältigung des Mitbesitzproblems beitragen können. Nachdrücklich muß dann immer wieder der Beschluß des Dortmunder Gewerkschaftskongresses in den Vordergrund gestellt werden, durch Stärkung und gute Organisation der Sparkraft sowie durch systematische Verwendung des Sparkapitals dem Ziele der gleichberechtigten Mitwirkung in Betrieb und Wirtschaft zuzustreben. H. S. Essen.

Steigende Produktion — sinkende Löhne.

Ein von den Gewerkschaften anerkannter Erfahrungssatz besagt, daß erhöhte Löhne zu erzielen möglich ist, entweder durch Schmälerung des Unternehmergewinns oder durch Steigerung der Produktion. Was die Schmälerung des Arbeitgebergewinns anbelangt, so werden hier die Möglichkeiten der Lohnsteigerung immer mehr oder minder beschränkte bleiben. Für den einzelnen Arbeiter wird der so zu erzielende Vorteil nicht von wesentlicher Bedeutung sein können. Deshalb bekennen sich die Gewerkschaften um so entschiedener zu allen vertretbaren und mit der Menschenwürde des Arbeiters zu vereinbarenden höheren Arbeitsleistungen, weil hiermit die beste Möglichkeit zur Erlangung höherer Löhne und damit einer besseren Lebenshaltung gegeben ist. Freilich bedeutet — durch technische und organisatorische Rationalisierung der Betriebe oder durch erhöhte Arbeitsleistung der einzelnen — gewonnene erhöhte Produktion an sich noch keine Lohnerhöhung. Sie schafft nur die Möglichkeiten dazu, die auszunutzen Aufgabe der Arbeiterchaft und deren Gewerkschaften sein muß.

Ein Ueberblick über die deutsche Wirtschaft zeigt, daß trotz der hohen Arbeitslosigkeit die absoluten Produktionsziffern in manchen — und vor allen Dingen ausschlaggebenden — Wirtschaftszweigen stark gestiegen sind. Vielfach ist die Produktionsziffer der Vorkriegszeit überschritten — trotz verringertem Arbeiterzahl. Der begonnene Rationalisierungsprozeß in den Betrieben zeigt bereits seine Auswirkungen. Die deutsche Roh-Ralsproduktion betrug im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 auf 200 Schächten 107 000 Tonnen. Im ersten Vierteljahr 1926 erreichte die Monatsdurchschnittsproduktion auf den — nach Stilllegung von 130 Schächten verbliebenen — 70 Schächten bereits 112 000 Tonnen.

Im Steinkohlenbergbau des jetzigen Reichsgebiets betrug die Förderung 1913 im Monatsdurchschnitt 11,729 Millionen Tonnen, im Juni 1926 11,756 Millionen Tonnen. Bemerkenswert ist dabei die Entwicklung im Ruhrbergbau. Arbeitstäglich förderte dieser im Jahresdurchschnitt 1913 369,760 Tonnen, im April 1926 arbeitstäglich 374 000 Tonnen. Dabei ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter im gleichen Zeitraum zurück, von 429 000 auf weniger wie 367 000.

Pro beschäftigten Arbeiter steigerte sich die Arbeitsleistung von 943 Kilogramm Rohlenförderung pro Schicht im Jahresdurchschnitt 1913 auf 1075 Kilogramm im April d. J. Dieser Arbeitssteigerung um 14 Prozent steht eine noch höhere gegenüber bei Berücksichtigung der Zahl der direkt im Kohlenabbau tätigen Arbeitskräfte, der Hauer. 1913 wurden pro Schicht und Hauer im Durchschnitt 1845 Kilogramm Steinkohle im Ruhrbergbau gefördert, im April 1926 hingegen 2337 Kilogramm, was eine Steigerung von 26,7 Prozent bedeutet.

In noch markanterer Weise entwickelte sich die Produktivität des deutschen Braunkohlenbergbaues. Dieser förderte monatsdurchschnittlich im Jahre 1913 7 269 000 Tonnen, im Juni 1926 hingegen 11 202 000 Tonnen.

Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung ist zwar absolut noch hinter der Erzeugung von 1913 zurück. Pro beschäftigten Arbeiter hingegen zeigt sich auch hier eine steigende Tendenz, die in der Roheisenerzeugung 106,9 und in der Rohstahlerzeugung 113,3 im Juni 1926 betrug gegen 100 im Januar 1925.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Reichsbahn. 4,286 Milliarden Tonnenkilometer im Monatsdurchschnitt 1913 stehen 4,493 Milliarden Tonnenkilometer im April 1926 an Leistung gegenüber. Die arbeitsfähige Wagengestellung der Reichsbahn stieg von 1913 bis zum Juni 1926 um 20,7 Prozent.

Solchen Produktions- und Leistungssteigerungen — die sich aus anderen Wirtschaftszweigen weitgehendst ergänzen lassen — stehen keine entsprechenden Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft und keine entsprechende Verbesserung ihrer Lebenshaltung gegenüber. Gegenüber 1913 stiegen nach den amtlichen Ermittlungen die Preise für Fertigwaren von 100 auf 144 im Juni 1926, die Preise für Produktionsmittel auf 143,5; die für Verbrauchsgüter auf 144,4. Die Lebenshaltungskosten verteuerten sich nach der amtlichen Indexziffer von 100 im Jahre 1913 auf 142,5 im Juli 1926. Von Mai d. J. ab zeigt sich eine erheblich steigende Tendenz. Hingegen ist die Lohnbildung auf der ganzen Linie eine — wenn auch geringfügig — rückläufige. Bereits im Mai d. J. bewegten sich selbst die Löhne der gelernten Arbeiter (im gewogenen Durchschnitt) nur mit einer Steigerung von 139,8 (bei 100 im Jahre 1913) gegenüber einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von 139,9.

Die Schlussfolgerung aus den Zahlen der angeführten Art kann für die Arbeiterschaft nur die sein, daß niemals die rechtliche gewerkschaftliche Arbeit so notwendig war wie gegenwärtig. Der Neubildungs- und Rationalisierungsprozeß in der deutschen Wirtschaft wird für die Arbeiterschaft nur dann ein Segen sein, wenn die gewerkschaftliche Tätigkeit zu einer regen Entfaltung kommt, und von der Minute nicht ausgeschlagen wird, was eine spätere mühsame Wirkksamkeit nicht wieder zurückgewinnen kann. Die Befestigung des gewerk-

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Währungsverfalls in Kontinentaleuropa nach dem Kriege.

Die Wiederherstellung des Gleichgewichtszustandes der gegenwärtigen Weltwirtschaft krankt meines Erachtens daran, daß der Bedarf der kontinental-europäischen Volkswirtschaften größer ist, als die ihnen nach vierjähriger Kriegsführung verbliebene nationale Kaufkraft, und daß die volkswirtschaftliche Gesamtleistung unter dem Wechsel der Bedürfnisse und den neuerstandenen Voraussetzungen geringer ist, als der zur Befriedigung ihrer kulturellen und sonstigen Ansprüche notwendige Aufwand an Arbeit. Nun kann aber kein Land auf die Dauer mehr verbrauchen, als es hervorbringen oder gegen Arbeit einzutauschen in der Lage ist. Der Grad seiner erreichbaren Bedürfnisse ist also nicht beliebig steigerungsfähig, sondern hat ganz bestimmte Voraussetzungen. Hat aber ein Land — gleich aus welchen Ursachen — einmal für eine längere Periode das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Arbeit und volkswirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung außer acht gelassen, und mit Hilfe seiner volkswirtschaftlichen Reserven ein Bedürfnis befriedigt, das an sich über seine Kraft hinausging, so wird es gezwungen sein, bis zur Ueberwindung der Ueberanspannung auf ein Äquivalent anderer Bedürfnisse zu verzichten, und sich solange in seiner Bedürfnisbefriedigung einzuschränken, bis es den normalen Kreislauf seiner Volkswirtschaft wiederhergestellt hat. Unterläßt es diese Notwendigkeit, so wird es diese Unterlassung mit dem Niedergange bezahlen müssen. Aus diesem Zusammenhange ergaben sich für Kontinentaleuropa bestimmte Schlüsse. Kontinentaleuropa hat seit über einem Jahrzehnt das Bedürfnis verfolgt, seine aus scharfer volkswirtschaftlicher Konkurrenz hervorgegangene Kräfteverteilung auf gewaltsame Weise zu korrigieren, und ging in Verfolgung dieses Zweckes in der Wahl seiner Mittel weit über das Maß hinaus, das seine Wirtschaftskraft erlaubt hätte. Ja, es verbrauchte im Kriege nicht nur seine volkswirtschaftlichen Ueberschüsse, sondern auch noch den größten Teil seiner Reserven, und darüber hinaus durch transoceanische Kreditaufnahmen einen nicht wesentlichen Bestandteil seiner zukünftigen Arbeitsenergie im voraus. Diese Arbeit, die in der Gegenwart geleistet werden muß, aber bereits in der Vergangenheit verbraucht worden ist, geht heute auf Kosten der Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Gleichgewichts. Kontinentaleuropa hat praktisch im Kriege also mehr verbraucht, als es zu verbrauchen hatte. Dieses „Mehr“ an Verbrauch wird sich aber zwangsläufig durch ein entsprechendes „Weniger“ in der Möglichkeit seiner zukünftigen Bedürfnisbefriedigung ausgleichen müssen. Und zwar in einem „Weniger“, das proportional ist demjenigen Anteil, um den es: erkennen sich einschränken muß, weil es im Kriege mehr verbraucht hat, als es unbeschadet seiner zukünftigen Wirtschaftsentwicklung von seiner Wirtschaftskraft in Kriegesenergie hätte umsetzen dürfen; zweitens als Ausgleich herbeizuführender Arbeit, welche die fremden Volkswirtschaften für die Bereitstellung der Mittel für die Kriegführung auf Konto

der zukünftigen Arbeit Kontinentaleuropas im voraus geleistet haben, jährlich arbeiten muß. Nun, das ist der Gang der Wirtschaft: Eine Arbeit kann nur durch eine andere Arbeit bezahlt werden. Drittens, um denjenigen Anteil, der auf die Regulierung der Kriegsschäden in den einzelnen Volkswirtschaften entfällt, und viertens endlich auf denjenigen, den es aus Gründen der neu entstandenen Voraussetzungen verzichten muß, weil es weniger arbeitet, als vor dem Kriege. Noch glauben die Weltmächte, zwar mit Hilfe militärischer Gewaltpolitik, zu einem von sich aus bestimmten Gleichgewichtszustand kommen zu können. Sie verkennen dabei aber die eigentlichen Zusammenhänge und vernachlässigen ihre erste Pflicht darüber — die Wiederherstellung des Gleichgewichts in ihren eigenen Volkswirtschaften. Erst die Einsicht, daß die Ordnung des einzelnen die unerlässliche Voraussetzung zur Ordnung des Ganzen ist, wird sie die wirtschaftlichen Relationen erkennen lehren. Und wenn sich Kontinentaleuropa jetzt im zweiten Jahrzehnt dem organischen Zusammenwirken der Weltwirtschaft willkürlich entzieht, so kann dieser Verstoß gegen die Wirtschaftsentwicklung des letzten halben Jahrhunderts nicht ohne bedenkliche Folgeerscheinungen bleiben, sowohl für die Europawirtschaft als für die Weltwirtschaft.

Gerade der Ausfall des letzten Jahrhunderts hat klar gezeigt, daß die internationale Arbeitsteilung die Vielseitigkeit der menschlichen Bedürfnisse erst ermöglicht hat, indem es die Produktionskräfte der einzelnen Volkswirtschaften der Weltverfügbarmachung der ganzen Welt zugänglich machte. Wir haben aber auch erlernen gelernt, daß hierdurch eine fortschreitende Bindung der Völker aneinander herbeigeführt worden ist, die bei Ausbruch des Krieges bereits auf einem Punkt angekommen war, wo die volkswirtschaftliche Eigen-erzeugung der meisten Nationen durchweg nicht mehr dazu ausreichte die Bedürfnisse derselben zu befriedigen. Wo die volkswirtschaftlich-weltwirtschaftliche Spezialisierung dazu dienen mußte, das „Mehr“ der Bedürfnisse aus dem Angebot der Weltwirtschaft zu ergänzen. Diese Aufgabe erfüllten die Ausführungsindustrien (die Textil-, Chemische-, Schwer-Industrie usw.), deren Produktionsbasis notwendig weit über den Rahmen volkswirtschaftlichen Eigenbedürfnisses hinausging. Aber in dieser Ueberfüllung des nationalen Marktes lag für dieselben gleichzeitig auch ihr Risikomoment. Denn sie sind es, die bei der Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts (Krisen, Krieg) am ehesten und schwersten betroffen werden. Wir haben in der Gegenwart den Beweis dafür. In Zeiten gereizter Wirtschaft jedoch sind sie die Kraft, die der Volkswirtschaft diejenigen Mittel zur Verfügung stellt, deren sie zum Ausgleich der Bilanz zwischen Bedürfnis und Bedürfnisbefriedigung bedürftig geworden ist. Die volkswirtschaftliche Arbeit der Vorkriegszeit war durch die hervortretende Bedeutung des wirtschaftlichen Moments „wirtschaftliche“ Arbeit. Das ist ihr Charakteristikum. Eine Arbeit, die den Zweck der Schaffung einer leistungsfähigen nationalen Wirtschaft im Dienste der kulturellen Aufwärtsentwicklung des Volksganzen verfolgte. Diese Auffassung muß sich Konti-

nentaleuropa heute mühsam erst wieder erringen; denn das Wesen und der Zweck der wirtschaftlichen Arbeit ist ihm sehr, sehr fremd geworden. Und doch kann Europa nicht ohne sie leben, muß ein Volk nach dem anderen niedergehen! Arbeit ist die Quelle alles Reichtums — nicht Sieg, nicht Ausplünderung einer Nation durch die andere. Aber die Kriegspolyphe hat den Charakter der wirtschaftlichen Arbeit verschwinden lassen. Der Krieg hat das Bild vollständig geändert, und nun finden sich einzelne Volkswirtschaften nicht zu den alten Zusammenhängen zurück. Das ist die Tragik Kontinentaleuropas.

Im Kriege trat an die Stelle wirtschaftlicher Aufbauarbeit die Arbeit für die Kriegswirtschaft. Nun ist aber die Produktion der Kriegswirtschaft entweder direkt oder indirekt zur Gütervernichtung bestimmt. Ihr Zweck ist in beiden Fällen der gleiche: kein Aufbau — Vernichtung! So liegt der Wirtschaft im Kriege eine Arbeit zugrunde, die wegen ihrer Zweckbestimmung weder wirtschaftliche noch produktive Arbeit sein kann. Diese Arbeit ist das ausgesprochene Gegenteil von wirtschaftlicher Arbeit: in ihrer Voraussetzung, ihrer Art und in ihrem Ziel, da überdies die Kriegswirtschaft aus durch Ausfuhrwirtschaft ungedeckte Bestände der Volkswirtschaft bemerkteiltigt werden muß; so ist rein sachlich gefolgert und vom Standpunkte der Wirtschaft aus gesehen: Kriegswirtschaft nicht nur der Aufwand von wirtschaftlicher Energie zum Zweck der Wirtschaftsverstärkung, sondern auch Kriegswirtschafts-Raubbau am Nationalkapital. Daß ein solcher Zustand, wenn er vier Jahre hindurch und unter äußerster Anspannung aller Kräfte durchgeführt wird, auf die beteiligten Volkswirtschaften und die Kräfte der schließlich doch einmal wiederum notwendig werdenden Weltwirtschaft unübersehbar schwere Folgen ausüben mußte, darüber konnte von vornherein bei demjenigen, der die Zusammenhänge kennt, kein Zweifel bestehen. Heute können wir diese Folgen klar übersehen.

Es war naheliegend, daß in einem derartig ausgesprochenen barbarisch-wirtschaftlichen Weltkampfe, wie ihn der Krieg darstellte, auf die Dauer die Wirtschaftskraft der einzelnen Volkswirtschaft nicht ausreichen konnte, um den wachsenden Anforderungen zu genügen. Auch hier machte sich bereits die volkswirtschaftliche Bindung fühlbar. Sie war es, die zu jenem romanisch-anglo-amerikanischen Waffenbündnis führte. Dadurch wurde der Krieg zum Weltwirtschaftskriege, und darüber hinaus zu einer Auseinandersetzung der europäischen Wirtschaft mit der amerikanischen, wenn auch mit ungleicher Kräfteverteilung. An und für sich wäre die Auseinandersetzung für die später wieder einsetzende Weltwirtschaft von nicht annähernd solchen Folgen gewesen, wie sie in der Nachkriegszeit eingetreten sind, wenn nicht Westeuropa à conto in Amerika aufgenommenen Kredite einen Krieg geführt hätte, der die Wirtschaftskraft ganz Europas bei weitem überstieg. Denn letzten Endes muß Kontinentaleuropa den Krieg, den es geführt hat, auch als Kontinentaleuropa amortisieren, und da zeigt es sich nun, daß dieser Krieg gleichmäßig getroffen hat — Sieger und Besiegte. Kontinentaleuropa war zum Schuldnes

schafflichen Indifferentismus und die Vahmlegung aller nutzlosen Politikasterei ist für die deutsche Arbeiterchaft das dringendste Gebot der Stunde!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 29. Aug. bis 4. Sept. 1926 der 76. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Lohn- und Tarifbewegung.

Neuer Vertrags- und Lohnabschluß in Düsseldorf. Nach längeren Verhandlungen wurde der abgelaufene Mantelvertrag mit einigen Änderungen wiederum in Kraft gesetzt. Ferner wurde ein neues Lohnabkommen getroffen, wonach der alte Tariflohn, in der Spitze 1,03 Mk. weiter gezahlt wird. Der Lohnverteilungsschlüssel wurde geändert. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis 15. Dezember 1926 und ist dann mit 14tägiger Frist kündbar.

Saarländisches Holzgewerbe.

Am 18. August fanden die von uns am 23. Juli d. Js. beantragten und mehrmals mündlich und schriftlich reklamierten Lohnverhandlungen statt. Die den Arbeitgeber in der Regel als Maßstab dienende Indexzahl der Stadt Saarbrücken war um rund 14,5 %, von 573,7 auf 653,8 Punkte, gestiegen. Ferner kommt die Tatsache hinzu, daß die Lohnverhöhung mit der unaufhaltsamen Steigerung der Indexzahl keinen Schritt gehalten hat. Unsere Forderung, die bisherigen Lohnsätze um 25 % zu erhöhen, lag ganz im Rahmen des Prozentsatzes, um den die Kaufkraft der Löhne seit dem Tage der letzten Lohnaufbesserung — 8. Juli cr. — gesunken war. Mit einem Angebot von 5 % antworteten uns die Unternehmer auf diese Forderung! Nach längerer, stellenweise sehr lebhafter Auseinandersetzung boten sie uns darauf 7 % an. Mit der immer noch schlechten Baulage und mit der unumgänglichen Notwendigkeit, auf die übrigen Industrien die gebührende Rücksicht nehmen zu müssen, begründeten die Unternehmer ihr Angebot. Wir konnten den Arbeitgebern nur mit Recht antworten, daß sich die Bautätigkeit im ganzen Saargebiet in den letzten Wochen zusehends unverkennbar gebessert habe und daß aller Voraussicht nach die erfreuliche Besserung der Aufträge anhalten dürfte. Die privaten und behördlichen Auftraggeber sind zahlreicher geworden, so daß die Gruben- und Hüttenindustrie nicht mehr der ausschlaggebende Teil der Auftraggeber sein kann. Weiter muß berücksichtigt werden, daß die Unternehmer in den letzten Wochen größere Aufträge auf werblichster Grundlage abschließen konnten, während wir Holzarbeiter immer noch mit entwerteten Franken entlohnt werden. Ferner ist es erfreulich, daß die größeren Möbelfabriken einen bedeutenden Absatz in

verzeichnen haben. Die Annahme des entschieden zu niedrigen Angebotes unsern Mitgliedern zu empfehlen, wären wir daher nicht in der Lage. Nach einer darauffolgenden längeren Debatte konnten wir die Unternehmer davon überzeugen, daß ihr Angebot von 7 % zu niedrig sei. Schließlich erklärten sie sich bereit, dasselbe auf 9 % für die Handwerker und auf 10 % für die Hilfsarbeiter zu erhöhen.

Die am Freitag, den 20. August cr., im Rolpinghaus in Saarbrücken stattgefundene Delegierten- und Mitgliederversammlung nahm zur neuen Lohnzulage eingehend Stellung. Die anwesenden Mitglieder vertraten einstimmig die Auffassung, daß die neue Lohnzulage die inzwischen eingetretene und bei manchen lebenswichtigen Sachen weiterschreitende Teuerung bei weitem nicht ausgleicht und sie deshalb erwarten, daß die Unternehmer in einer sofort einzuberufenden Ausschusssitzung eine weitere Lohnzulage beschließen. Mit einer geringen Mehrheit nahm dann die Versammlung das Ergebnis der Verhandlung an. Die neuen Lohnsätze betragen nunmehr für die Holzarbeiter im Saargebiet ab 19. August 1926:

Table with 2 columns: Profession (I. Fräser, Bauanschläger, Schreiner, etc.) and Rate (pro Stunde, 7,35 Frs., 6,80, etc.)

Hilfsarbeiterlöhne:

Table with 2 columns: Age group (Hilfsarbeiter über 25 Jahre, von 20-25, etc.) and Rate (4,50 Frs., 4,10, etc.)

Gleichzeitig beschloß die Versammlung, den Wochenbeitrag auf folgende Sätze in der Spitze zu erhöhen: Handwerker Frs. 9,—; Hilfsarbeiter Frs. 7,—.

Trotzdem uns das Ergebnis der Verhandlung nicht befriedigt, so muß doch anerkannt werden, daß die neue Zulage den Holzarbeitern in der Spitze bei einer 48 stündigen Arbeitszeit pro Woche einen Mehrverdienst von 24 Franken bringt. Daher kann man die Beitragserhöhung als kein zu großes Opfer betrachten. Es sind die Kollegen auch einstimmig für die Beitragserhöhung eingetreten. Der neue Beitrag tritt mit der 36. Woche in Kraft.

Berichte aus den Jahrestellen.

Stuttgart. Jubiläumsfeier der Jahrestelle. Eine in allen Teilen gelungene Feier ihres 25jährigen Bestehens konnte die hiesige Jahrestelle am Samstag, den 10. Juli, im großen Saale des katholischen Gesellenhauses begeben. Eingeleitet wurde die Feier durch Gesang, Zithervortrag und Prolog. Anschließend daran entbot der Vorsitzende, Kollege Kaiserauer, den zahlreich Erschienenen den Willkommengruß. Dieser Willkommengruß galt sowohl den Gästen und Freunden, als auch den Mitwirkenden und den Mitgliedern der Jahrestelle. Gedacht wurde auch an die Mitglieder, die früher der Jahrestelle angehört und im Weltkrieg den Heldentod fürs Vaterland erlitten haben, insbesondere des Kollegen Ludw. Muck, der der Jahrestelle lange Jahre als Vorsitzender in Tatkraft vorgestanden habe. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf den dornenollen, aber dennoch erfolgreichen Weg, den die Jahrestelle bei ihren Anfängen bis zum heutigen Tage gehen mußte. Aus dem ersten Protokollbuche zitierte er folgenden Satz:

„Nachdem am 10. Oktober 1897 die Fachsektion der Bauhandwerker gegründet war, zögerte die Arbeiterschuttkommission des katholischen Arbeitervereins Stuttgart nicht länger, zur Gründung einer zweiten Fachsektion Stellung zu nehmen, und wählte als solche die Holzarbeiter, und wurde festgelegt, daß die Gründungsversammlung am Sonntag, den 12. Dezember, erfolgen soll.“

Diese Versammlung hat am genannten Tage stattgefunden, und hielt damals Arbeiterssekretär Erzberger ein Referat über „Die Bedeutung und Aufgaben der Fachsektion der Holzarbeiter“. Sämtliche 31 anwesende Holzarbeiter haben die Notwendigkeit der Gründung der Fachsektion ein und gliederten sich dieser geschlossen an. Damit war der Grundstein zu dieser Fachsektion der Holzarbeiter und der späteren Jahrestelle Stuttgart des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter gelegt. Die Statutenberatung und die Wahlen der Vorstandschaft wurde in der Versammlung gleich vorgenommen. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Kollege Nikl. Weber und als Beitragseinkassierer der Kollege Alois Kruger gewählt.

Zu den Schikanen, die die ersten Mitglieder dieser Fachsektion von seiten der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes in den Betrieben auszuüben hatten, gefiel sich bald die Schwierigkeiten der Aufbringung der Geldmittel zur Führung der ersten Streiks. Insbesondere mußte hier der 12 wöchentliche Schreinerstreik in Stuttgart im Jahre 1899, dem sich bald der Klaviermacher-, Bauhandwerker- und Glaserstreik zugesellte, genannt werden. Praktisch geübte Solidarität, daß diese ersten gewaltigen Anstürme glücklich überwunden wurden. Als Organ wurde das „Christliche Gewerkschaftsblatt für Württemberg“ für die verbreitete christliche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1898 geschaffen, dessen Redakteure Erzberger und Neumayer waren.

In den folgenden Jahren hat sich der Gedanke der Gründung von christlichen Gewerkschaften schnell verbreitet, und es kam in den Pfingsttagen des Jahres 1900 zum ersten christlichen Gewerkschaftskongress in Mainz. Hier wurde auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter gegründet, dem sich die

Stuttgarter Fachsektion der Holzarbeiter am 1. Juli 1901 angeschlossen. Die neue Bewegung erstarkte in Württemberg immer mehr, und konnte im Jahre 1906 das erste Sekretariat mit dem Sitz in Stuttgart für Württemberg und Baden errichtet werden, das später nach Freiburg verlegt wurde. Am 15. März 1919 ist das Sekretariat für Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart wieder errichtet worden.

Inzwischen sind, so führte der Vorsitzende weiter aus, 25 Jahre ins Land gegangen — die für jeden christlichen Holzarbeiter Stuttgarts Jahre der Arbeit, Jahre des Kampfes um seiner Ueberzeugung willen waren. Wenn auch so manch einer gegenüber dem sozialistischen Terror nicht standgehalten habe, so könnte er dennoch mit besonderer Freude feststellen, daß er bei der heutigen Festfeier 8 Jubilare begrüßen dürfe. Es sind dieses die Kollegen Peter Abend, Josef Andre, Johann Buhl, Georg Kränzler, Andreas Mangold, Karl Manz, Josef Senz und H. Kaiserauer. Der Vorsitzende sprach den Jubilaren namens des Zentralvorstandes, als auch im Namen der Jahrestelle, Dank aus für ihre treue langjährige Mitgliedschaft, wie auch für ihre Arbeiten, die sie im Interesse des Verbandes geleistet haben, mit dem Wunsche, daß deren Mitgliedschaft der Jahrestelle noch recht lange erhalten bleiben möge. Besonderen Dank verdiente der Kollege Karl Manz, der 23 Jahre der Jahrestelle als Kassierer ununterbrochen vorgestanden und die Jahrestelle während des Krieges im besonderen betreut habe.

Die Schlussworte klangen in dem Wunsche aus, daß es der Jahrestelle vergönnt sein möge, weiter vorwärts zu drängen und immer mehr neue Mitglieder um ihre Fahne zu scharen. Insbesondere wurde die Jugend ermahnt, sich in die vordersten Reihen zu stellen, um die Arbeit der alten, in der Gewerkschaftsbewegung ergrauten Kollegen weiterzutragen. Für die Jugend gelte insbesondere der Satz, den wir aus dem Prolog heute gehört hätten:

„Wer nicht kämpfen will, wird niemals siegen, Wer den Anfang scheut, vollendet nie, Wer nur jagend kämpft, wird unterliegen, Denn ihm fehlt die Macht der Energie.“

Die Festrede hielt an Stelle des durch Berufsgeschäfte leider verhinderten Zentralvorsitzenden des Verbandes der Kollege Reichstagsabgeordneter J. Andre. Der Redner verbreitete sich über die soziale Bewegung der letzten Jahrzehnte, an der die christliche Arbeiterbewegung starken Anteil habe. Er führte die Anwesenden zurück in die Zeit der Entstehung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wobei er Bilder zeichnete von der Ueberzeugungstreue der ersten christlichen Gewerkschaftler, die manch einem von heute rühmliches Vorbild von Opfergeist und Willenskraft sein können. Die Unorganisierten der letzten Zeit sind es, die dem Vorwärtsdrängen und Aufgabenerfüllen der Organisierten im Wege stehen. Pflicht eines jeden christlichen Gewerkschaftlers ist es, mit dafür zu sorgen, daß dieses Schmarokertum aus der Arbeiterschaft wieder verdrängt werde. Der Redner schloß seine überzeugenden Ausführungen mit der Aufforderung, festzuhalten an dem christlichen Gewerkschaftsgedanken und tatkräftig mitzuarbeiten. Das Blühen und weitere Gedeihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sei dann gesichert.

Nachdem von Vertretern der katholischen Arbeitervereine, des Gewerkschaftskartells u. a. m. die bei solchen Anlässen üblichen Glückwünsche ausgesprochen waren, hielten gute Gesangsvorträge, Musikstücke, humoristische Vorträge und ein kleines Theaterstückchen die Versammelten noch einige Stunden zusammen.

Den Schluß der Feier bildete am anderen Tage, Sonntag nachmittags, ein gemeinsamer Ausflug auf den Rotenberg nach Uhlbach, wo bei nochmaligem geselligen Beisammensein die Jubiläumsfeier einen für alle Teilnehmer würdigen Abschluß fand.

Sterbetafel.

- Max Härtel, Tischler, 56 Jahre, Dresden. Josef Heinrich, Zimmerer, 67 Jahre, Rosenbergl. Josef Wondh, Lagerarbeiter, 76 Jahre, Holzkirchen. Johann Regauer, Nachtwächter, 76 Jahre, Holzkirchen. Daniel Taubenerger, Lagerarbeiter, 28 Jahre, Holzkirchen. Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsaufgaben und Unterstützungseinrichtungen. Man kann heute recht oft hören, daß unsere gewerkschaftlichen Organisationen nichts mehr ausrichten können, daß das Unternehmertum doch mit der Arbeiterschaft mache was es wolle, und daß die Gewerkschaften sich doch alles bieten lassen. So und vielleicht auch noch mit anderen Worten will man nachweisen, daß man deshalb die Gewerkschaften nicht mehr notwendig hat.

Für den denkenden Arbeiter ist es klar, daß man die geleistete gewerkschaftliche Arbeit nicht nur nach den augenblicklichen Erfolgen beurteilen darf, sondern hier muß die Vergangenheit betrachtet und an die Zukunft gedacht werden. Wir wissen, was im Laufe der vergangenen Jahre durch die gewerkschaftliche Arbeit für den gesamten Arbeiterstand getan wurde, und wie sich der Arbeiterstand von der sklavischen Entrechtung losriß und sich mit den anderen Ständen gleichberechtigt heraufarbeitete. Es wurde die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation erkämpft. Trotzdem sind noch gewaltige Aufgaben für die Zukunft zu erfüllen. Wir brauchen Schutz gegen willkürliche Entlassungen und Betriebsstillegungen. Wir müssen uns die Gleichberechtigung im Wirtschaftsprozess erkämpfen. Wir haben durch das Betriebsratsgesetz wohl den Weg dazu beschritten. Aber gerade dadurch wird für uns klar, daß die Arbeiterschaft noch weit von ihrem Ziel entfernt ist.

Trotz der gesetzlichen Bestimmungen und den tariflichen Festlegungen wird heute durch die wirtschaftliche Not der Druck auf die Arbeiterschaft größer. Der Arbeiter findet zum Teil durch den Herrenstandpunkt der Unternehmer nicht mehr den Mut, sich seiner Organisation anzuschließen. Er befürchtet Arbeitslosigkeit. Der Lohn wird herabgedrückt usw.

Amerikas geworden, und zwar in einem Ausmaße, daß die europäischen Schulden die wirtschaftliche Vormachtstellung Europas für die nächste Zukunft unterbunden haben. Damit aber erst war der kontinental-europäische Krieg zu einem Sieg Amerikas geworden; denn, nun hat es seinen schärfsten Weltwirtschaftskonkurrenten in seine Hand bekommen, dessen zukünftige Wirtschaftskraft von ihm entscheidend beeinflusst werden konnte.

So liegen dem gegenwärtigen Niedergange Kontinentaleuropas zunächst zwei Ursachen zugrunde. Erstens aber diejenigen Maßnahmen, die der Tatsache entspringen, daß es in Kontinentaleuropa weder Sieger noch Besiegte gibt, sondern nur ein durch den zu teuren Krieg allgemein abgewirtschaftetes Kontinentaleuropa. Und zweitens, die Tatsache, daß die Stellung Kontinentaleuropas in der Weltwirtschaft aus seinem Abhängigkeitsverhältnis zu Amerika wesentlich verändert worden ist. Nun versucht Kontinentaleuropa auf seine Art seine Stellung in der Weltwirtschaft neu aufzubauen, verkennt dabei aber, daß es daran von Amerika prinzipiell verhindert wird. Denn ohne das von Europa nach Amerika abgewanderte Kapital ist weder der kontinental-europäische Bedarf zu befriedigen, noch die Eroberung der alten Weltwirtschaftspositionen durchführbar. Wir leben nun einmal im Zeitalter ausgezehnter Kapitalverwendung, und damit weitgehendster Abhängigkeit vom Kapital. Dieses Kapital hat aber nur Amerika, und es wird davon im eigenen Interesse Kontinentaleuropa nicht mehr zur Verfügung stellen, als es unbeschadet seiner eigenen Stellung in der Weltwirtschaft abzugeben für richtig hält. Denn der Krieg hat Kontinentaleuropa nicht nur sein mobiles Kapital gekostet, sondern auch sein stehendes Kapital stark in Mitleidenchaft gezogen. Man vergegenwärtige sich nur noch einmal den Zustand der Werke und Anlagen, der Bauten und Verkehrseinrichtungen in und unmittelbar nach dem Kriege. Wor die Kriegswirtschaft nicht auch hier Raubbau, Wertverminderung? Auch hier galt es wieder aufzubauen, ehe der Status quo möglich wurde. Aber ist dieser Aufbau heute vollzogen? Siegen wir nicht noch weit ab von den Errungenschaften des amerikanischen Industrialismus? Ist das nicht die erste Folge der Abwanderung des mobilen Kapitals? Ist nicht das mobile Kapital selbst die mittelbare Wiederaufbaubasis? Gerade hier liegt doch der Grund zur Aufnahmepotentialität des teuren Auslandskapitals, welches zwangsläufig zur Erhöhung der Preise und zur Minderung der Wettbewerbsfähigkeit führen mußte. Speziell in Deutschland wurde durch die Verbindung dieser Tatsache mit der Arbeitszeitverkürzung und den Verlusten aus dem Friedensschlusse die Arbeit für den Weltmarkt zu teuer, vermochte so die Wirtschaft das für die Einfuhr notwendige Einfuhrgegengewicht nicht zu schaffen, und trieb dadurch, ohne daß es zu hindern war, zu einem gewaltigen Aufstiege der Passivseite seiner Handelsbilanz. Das war die erste Folge der unsichtbaren Beeinflussung der kontinental-europäischen Abhängigkeit von seinen transoceanischen Gläubigern, deren Ziel es war, nachdem Europa am Boden lag, nun auch seine Wirtschaft selbst zu erobern. Dr. Rüpper. (Fortf. folgt.)

So liegen die Verhältnisse. — Auch ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft vermisst hier das Eingreifen der Organisation. Der gewerkschaftliche Kampf ist hier wohl am Platze. Wir dürfen diese ganze Entwicklung nicht außer acht lassen. Wir müssen mit der Zukunft rechnen. Es gab eine Zeit, wo man überall mit den Gewerkschaften ernsthaft rechnete. Heute? Man weiß, daß die Inflation die Gewerkschaftskassen nicht verschonte. — Was könnten heute die ganzen gewerkschaftlichen Organisationen für eine finanzielle Macht haben, wenn wir in stabilen Verhältnissen geblieben wären? Nun ist es anders, und wir müssen den veränderten Verhältnissen entsprechend unsere Arbeit einstellen.

Es kann für die Zukunft nicht so bleiben, daß eine gewerkschaftliche Organisation für Arbeitslosigkeit und Krankheit usw. mehr Geld ausgibt, als dann für den Kampf um bessere Verhältnisse noch übrig bleibt. Zeigt sich hier nicht eine gewerkschaftliche Schwäche?

Es wurden früher in unsern Verbände schon Stimmen laut, daß wir keine Unterstützungsvereine sein können, und nur Unterstützungen für Streik, Maßregelung, Sterbegeld und Rechtshilfe gewähren dürfen. Diese Stimmen wird auch wohl unsere Zentralleitung beachten und die Frage der Unterstützungen auf dem nächsten Verbandstage behandeln müssen, wenn nicht schon früher eine Abstimmung darüber entscheiden muß.

In den früheren Jahren, wo wir eine staatliche Arbeitslosenunterstützung noch nicht kannten, lagen die Verhältnisse anders. Die Organisationen haben die Wege zu dieser Unterstützung geebnet. Für die Arbeitslosen Unterstützung zu gewähren, kann für die Zukunft nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Das ist Sache des gesamten Volkes. Zweifellos waren unsere sozialen Unterstützungen ein Bindemittel, aber da können leicht andere Wege gefunden werden.

Wir wollen durch unsere Verbände bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse schaffen und die volle Gleichberechtigung und Gleichachtung des Arbeiterstandes erkämpfen. Dazu sind finanziell starke Organisationen nötig.

(Anmerkung der Red.: Vorstehende Ausführungen sind uns von einem Kollegen zugegangen, der sich ernstlich mit der Frage beschäftigt hatte, welchen Weg die Gewerkschaften für die Zukunft einschlagen müssen. Wir glaubten sie veröffentlichen zu sollen, um damit die Anregung zu einer weiteren Aussprache zu geben.)

Rundschau.

■ **Erwerbslosenziffern.** Die im Deutschen Reich unterstützten Erwerbslosen verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Land	1. Juli	15. Juli	1. August
Preußen	1 070 733	1 057 245	1 009 242
Bayern	163 239	161 303	160 127
Sachsen	196 544	195 546	190 035
Württemberg	45 760	46 440	45 341
Baden	66 565	64 833	62 348
Thüringen	51 471	50 589	48 359
Hessen	52 507	51 849	51 264
Hamburg	40 189	38 982	38 534
Mecklenb.-Schwerin	7 052	6 410	5 122
Odenburg	4 953	4 595	4 125
Braunschweig	12 172	11 609	10 657
Anhalt	11 407	11 685	10 901
Bremen	8 024	8 144	7 784
Sippe	5 263	4 951	4 555
Südbek	3 428	3 213	3 153
Mecklenburg-Strelitz	806	717	510
Waldack	262	211	184
Schaumburg-Lippe	390	379	375
	1 740 754	1 718 499	1 652 616

Der Arbeitslosigkeit soll nun energisch zu Leibe gegangen werden und man hofft die Zahl der Erwerbslosen in den nächsten Monaten auf ein „normales“ Maß herabzudrücken. An völlige Beseitigung dieser Seiszel glauben heute auch die stärksten Optimisten nicht. Hier und dort machen sich schon Auswirkungen der von der Reichsregierung im Zusammenwirken mit den Ländern ergriffenen Maßnahmen bemerkbar. So sind in der zweiten Augustwoche über 2000 Personen weniger bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gewesen. Eine leichte Besserung war auch im Osten, sowie in Hannover, Provinz Sachsen und in Thüringen festzustellen. Verschlechterungen wurden dagegen aus Hamburg, Oberfranken und Württemberg gemeldet. — Die Verteilung der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie sie aus unseren halbmonatlichen Veröffentlichungen ersichtlich ist, ist nach dem Stand vom 15. Juli 1925 und 1926 an Hand von graphischen Darstellungen der Reichsarbeitsverwaltung, die in Nummer 30 des Reichsarbeitsblattes abgedruckt sind, weiter verfolgen.

Nicht Wirtschaftskrise, sondern Arbeitskrise.

Die Wirtschaftslage in unserem Vaterlande wird gegenwärtig ganz verschieden beurteilt. Aus der großen Zahl der Arbeitslosen schließen die meisten Staatsbürger, daß es um unsere Wirtschaft recht schlecht bestellt sein müßte. Daß aber in der Hauptsache nur die Arbeitnehmer von der Krise betroffen werden, wird ganz übersehen. Mit Recht schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in Nr. 17 v. 23. August 1926: Nichts ist verfehlter, als aus der hohen Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf eine schlechte Wirtschaftslage zu schließen. Gemessen an den Wirtschaftszahlen der Vorkriegszeit, ist es zurzeit durchaus nicht schlecht mit der deutschen Wirtschaft bestellt. Betrachtet man die Vorkriegsverhältnisse als „normal“, so zeigt sich, daß dieser Normalstand bereits wieder erreicht ist, bzw. eine Angleichung an diesen bald erreicht sein wird.

Auf dem Kapitalmarkt zeigt sich ein normaler Geldumlauf. Die Golddeckung, die im Jahre 1913 59,7 Prozent betrug, erreichte im zweiten Vierteljahr 1926 sogar 62,5 Proz. Der Geldmarkt ist flüssig, die Kapitalbildung schreitet vorwärts, und das Anleihegeschäft erfolgt bereits in größerem Umfange wieder im eigenen Lande. In den Sparkassen befinden sich über 2 Milliarden Mark. In den sechs Berliner Großbanken waren am 30. Juni allein etwa 2412 Millionen Mark als Einlagen vorhanden, an Depositen 1544 Millionen. Die Geldsätze für Monatsgeld, die im Januar noch 8,9 Proz. betragen, hielten sich im zweiten Vierteljahr 1926 nur noch auf 5,9 Proz. Der Satz für Tagesgeld ist in derselben Zeit auf 4,7 Proz. gesunken. Die Renten der Goldpfandbriefe sind seit Januar von 8,8 auf 7,6 Proz. herabgegangen.

Der Aktienindex ist erheblich gestiegen. Die Dividendenausschüttung bei 7666 Aktiengesellschaften mit einem eingezahlten Aktienkapital von rund 14 Milliarden Mark betrug nach den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes im Jahre 1925 bereits im Durchschnitt 7,4 Proz.

Der Stand der diesjährigen Ernte ist durchaus, trotz Unwetter, gut. Der Rekorderte im vorigen Jahre an Körnerfrucht und Kartoffeln stehen die diesjährigen amtlichen Ziffern im Reichsdurchschnitt keineswegs nach.

Die vorjährige gute Ernte hatte nicht nur eine Erleichterung des Geldmarktes im Gefolge, sondern auch eine erhebliche Verbesserung unserer Handelsbilanz, die, verglichen mit den ersten fünf Monaten des Vorjahres, ein Plus von 2,6 Milliarden Mark aufwies.

Die Steinkohlenförderung, die im Jahre 1913 im Monatsdurchschnitt 11 729 000 Co. betrug, erreichte im zweiten Vierteljahre d. J. bereits die Höhe von 10 840 000 Co. Die Braunkohlenförderung betrug im Monatsdurchschnitt 1913 7 269 000 und im Monatsdurchschnitt d. s. zweiten Vierteljahres 1926 sogar 10 388 000 Co. Die Arbeitsleistung der Bergarbeiter stieg enorm. Die Roheisenproduktion und die Rohstahlproduktion ist gegenüber 1913 noch im Rückstand. Sie beträgt 708 000 bzw. 915 000 Co. im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahrs gegen 910 000 bzw. 981 000 Co. im Jahre 1913. Die Produktion an reinem Kali betrug 1913 bei über 200 bestehenden Kalischächten 107 000 Co. im Monat. Im ersten Vierteljahr 1926 betrug die Förderung an reinem Kali schon 112 000 Co., obwohl die Werke stillgelegt sind, bis auf rund 70 Schächte.

Die Wagengestellung der Reichsbahn betrug 1914 arbeits-täglich 70 600, im Jahre 1925 119 800 und im zweiten Vierteljahr 1926 120 900.

Die Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten sowie die der Wechselproteste ist stark gesunken. Die Konkurse sind von 2092 im Januar 1926 auf 1087 im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres herabgegangen. Die Zahl der Wechselproteste ist von 32 199 im Januar auf 9570 im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres gesunken, die Summe derselben von 47,9 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark. Die Konkursziffern nähern sich mithin bereits stark den normalen Konkursziffern der Hochkonjunkturjahre der Friedenszeit. Im Jahre 1913 hatten wir im Monatsdurchschnitt 811 Konkurse.

Mit der Erreichung der Wirtschaftsziffern der Vorkriegszeit ist unserm Volke indes noch keineswegs gedient. Was nützt alle Rationalisierung, wenn es nicht gelingt, allen arbeitswilligen deutschen Menschen Arbeit und Brot zu geben, wenn es nicht möglich ist, den deutschen Menschen eine bessere Lebenshaltung zu sichern! Ziel aller Wirtschaft kann und darf nur die Bedarfsdeckung sein. Diese aber ist nicht ge-

geben, solange mit der Rationalisierung nicht gleichzeitig Verbilligung der Produkte und eine Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher eintritt. Hohe Produktion, hohe Preise und niedrige Löhne sind ein volkswirtschaftlicher Widerspruch. Solange der Lebenshaltungsindex steigt und die Arbeitslöhne fallen, ist schwerlich damit zu rechnen, daß zur Befriedigung des Bedarfs weitere Arbeitskräfte in größerer Zahl benötigt werden. Hier den Ausgleich zu finden, das ist die große Aufgabe, vor der die deutsche Wirtschaft steht.

■ **Der Zusammenbruch der bolschewistischen Utopie.** Die wirtschaftliche Vernunft setzt sich allen Experimenten zum Trotz durch. Selbst in Rußland. Hier ist die bolschewistische Ideologie, die nur einen einzigen Herrn und Generalbesitzer, nämlich die Staatsbürokratie kannte, von dem die Staatsbürger in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft die Produktionsmittel lediglich als Lehen empfangen, vollständig zusammengebrochen. Weil jede diktatorische Omnipotenz wertvollste menschliche Impponderabilien ausschaltet: Initiativfreude und den Willen zur regsamsten Kraftentfaltung. Als man in Rußland den ersten Nachtrausch ausgeträumt hatte, kam mit dem wirtschaftlichen Niedergang die Ernüchterung. Man begriff langsam, daß zwar „eng beieinander die Gedanken wohnen, doch hart im Raume sich die Sachen stoßen“. Wollte man sich nicht völlig zugrunde richten, mußte zunächst der Industrie und dem Handel die freie Verfügungsgewalt zurückgegeben und das „Sitzialsystem von Moskau-Snaden“ abgebaut werden. Nur der Bauer auf dem Lande blieb noch in völliger Abhängigkeit.

Nun ist in den letzten Tagen ein Gesetz herausgekommen, das die private Verfügungsgewalt an Grund und Boden wieder einführt. Das Land wird zwar nicht Eigentum des Landmannes, aber der Staat schließt mit ihm langfristige Verträge ab, die praktisch dem Zukünftigen den Eigenbesitz garantieren. Er darf sein Land nach eigenem Ermessen und Gutdünken bebauen, kann es verpachten und hat das Recht, Arbeiter zu beschäftigen.

Dieser Beschluß ist den Bolschewisten nicht leicht geworden. Da aber wirtschaftliche Notwendigkeiten stärker waren als schöne Theorien, mußten sie sich, wollend oder nicht, zur Anpassung bequemen. Man kann und muß die Freiheit wirtschaftlicher Betätigung wohl durch Regulierung des Eigennutzes der Gemeinschaft nützlich machen, darf sie aber nicht völlig ausschalten, ebensowenig wie der manchesterlich orientierte Unternehmer die Arbeitskraft der Arbeitnehmer willkürlich und einseitig ausnutzen kann, ohne auf die Dauer die Gesamtwirtschaft und damit seinen eigenen Betrieb ernstlich zu gefährden.

Aus Arbeitgebertreisen.

■ **Die Bekämpfung des Achtfundentages in Frankreich.** Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern versucht die Schwerindustrie mit allen Mitteln, eine möglichst lange Arbeitszeit festzulegen. Art und Methode des Kampfes sind überall die gleichen. Neue Wege schlägt eine Abhandlung ein, die kürzlich in der „Usine“, dem Blatte der französischen Schwerindustrie, erschien. Es wird hier zunächst festgestellt, daß sich in Frankreich 3 Millionen Ausländer dauernd aufhalten. Davon sind 2,5 Millionen Arbeiter. Bei einem Tagelohn von 30 Franken und 300 Arbeitstagen im Jahr erhalten diese Arbeiter 15 Milliarden Franken an Löhnen. Davon würden 10,7 Milliarden für Ernährung, Heizung, Kleidung, Wohnung und andere Ausgaben in Frankreich ausgegeben. Mindestens 2 Milliarden Franken gingen ins Ausland, d. h. an die zurückgebliebenen Familien der Arbeiter. Durch den Verbrauch der ausländischen Arbeiter würde dieser Betrag den heimischen Arbeitern entzogen und gleichzeitig der Lebensstandard der heimischen Arbeiter verteuert. Die Gegenwart dieser ausländischen Arbeiter sei weder nötig noch erwünscht und könnte sofort dann vermieden werden, wenn anstatt des Achtfundentages der alte Zehnstundentag wieder eingeführt würde. Die französischen Arbeiter würden damit die an die Ausländer gezahlten 15 Milliarden Franken bekommen und sich um diese Summe besser stellen.

In Deutschland behauptet man, die längere Arbeitszeit würde die Erwerbslosigkeit beseitigen, also neue Arbeiter nötig machen, und in Frankreich sagt man, der Zehnstundentag mache Arbeiter überflüssig. Da helfe sich, wer kann.

Bücher und Schriften

besteht der christliche Gewerkschaftler durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,- Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Benloerwall 9 zu richten.



Einzigige Deutsche Volksbank, Köln, Postfach Nr. 16400

Auffehenerregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sidal“ sowie alle anderen Musikinstrumente wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw.

vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Barthel, Opera I. Thür. Robert-Fischer-Straße 4.

Vertreter überall gesucht. Leicht und angenehmer Nebenverdienst.